



GREENPEACE



Klima-Allianz Deutschland • Invalidenstr. 35 • 10115 Berlin

An den CDU-Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten,
Herrn Armin Laschet
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Berlin, 17.06.2021

Offener Brief

Kohleausstieg bis 2030: Beenden Sie die Zerstörung von Dörfern

Sehr geehrter Herr Laschet,

nach dem wegweisenden Beschluss des Bundesverfassungsgerichts hat die Bundesregierung das Klimaschutzgesetz überarbeitet und das deutsche Klimaziel für das Jahr 2030 angehoben. Die verschärften europäischen Klimaschutzziele und die für Deutschland beschlossene Verminderung der Treibhausgasemissionen um 65 Prozent bis 2030, müssen **zu einem früheren Kohleausstieg bis spätestens 2030 führen**. Die aktuelle Tagebauplanung ist damit nicht mehr vereinbar. Wir fordern Sie auf, die Klimakrise und das Bundesverfassungsgericht ernst zu nehmen und die Zerstörung der Dörfer im Rheinischen Braunkohlerevier jetzt zu beenden.

Die Braunkohle-Leitentscheidung Ihrer Landesregierung für das Rheinische Revier steht im Widerspruch zum Beschluss des Bundesverfassungsgerichts, weil sie die Freiheitsrechte der jungen Generationen verletzt. Sie sieht vor, am Tagebau Garzweiler II bis 2038 Braunkohle zu fördern und Dörfer für die Ausdehnung der Tagebaue zu zerstören. Dabei zeigen Studien schon jetzt: Die Braunkohle aus dem Tagebau Garzweiler II ist energiepolitisch nicht notwendig. Nun macht auch das auf Bundesebene erarbeitete Klimaschutzgesetz diese Planung obsolet. Ungeachtet dessen, drängt der RWE-Konzern die Menschen in den bedrohten Dörfern weiterhin zur Umsiedlung und schafft damit unwiderrufliche Tatsachen.

Bitte schaffen Sie endlich Planungssicherheit für die Anwohnerinnen und Anwohner. Hier werden Menschen gezwungen ihre Häuser und Höfe zu verlassen, die sie teilweise seit Generationen bewohnen und bewirtschaften. Wenn Sie erst 2026 entscheiden ob die Dörfer bleiben können, setzen Sie die Menschen einer unzumutbaren Belastung aus. Mit der Zerstörung von Dörfern und Kirchen rauben Sie einer ganzen Region die Heimat und Zukunft, alles zugunsten einer Energieform von vorgestern.

Für den klimagerechten Umbau der regionalen Wirtschaft liegen Strukturmittel in Milliardenhöhe bereit. Für die in der Kohlewirtschaft Beschäftigten hat die Bundesregierung Anpassungsgelder beschlossen. Diese gewährleisten, dass die Landesregierung auch einen früheren Kohleausstieg sozialverträglich gestalten kann. Wir fordern Sie auf, einen sozialen Ausgleich für die Beschäftigten zu schaffen.

Im Rheinland liegt das größte Abbaugelände für Braunkohle in ganz Europa. Ihr Bundesland wird daher eine Schlüsselrolle zur Erreichung der europäischen und deutschen Klimaziele spielen. Wie Sie bereits in Ihrer Antrittsrede als CDU-Vorsitzender hervorgehoben haben, ist der Umgang mit dem Kohleabbau nicht nur Ihr politisches, sondern auch Ihr persönliches Erbe. Für eine zukunftsweisende Politik müssen Sie sich der Verantwortung, die ein schnellerer Kohleausstieg mit sich bringt, jetzt stellen.

Deshalb appellieren wir an Sie: **Setzen Sie jetzt ein Zeichen für den Klimaschutz, für die jungen Generationen und die Menschen in Ihrer Heimat: Sorgen Sie für einen Kohleausstieg bis spätestens 2030. Stoppen Sie die Zerstörung und erhalten Sie die bedrohten Dörfer.**

Sie haben bereits einmal Gespräche mit den Anwohnerinnen und Anwohnern im Rheinischen Revier geführt und ein Versprechen zum weiteren Dialog abgegeben: Deshalb laden wir Sie hiermit herzlich ein, erneut in die Garzweiler-Dörfer zu kommen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Christiane Averbeck
Geschäftsführerin
Klima-Allianz Deutschland



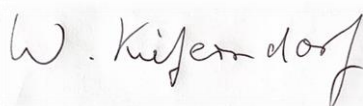
Prof. Dr. Kai Niebert
Präsident
Deutscher Naturschutzring (DNR)



Olaf Bandt
Vorsitzender
BUND e.V.



Martin Kaiser
Geschäftsführender Vorstand
Greenpeace e.V.



Waltraud Kieferndorf
Mitglied
Menschenrecht vor Bergrecht



David Dresen
Sprecher
Alle Dörfer bleiben